POSITIONSPAPIER BUNDESTAGSWAHL

Juli 2017

Für eine gerechte und nachhaltige Welt!

Positionen zur Bundestagswahl 2017

Krieg und Terror, Flucht und Migration, Wirtschafts- und Finanzkrise stellen Politik und Parteien vor große Herausforderungen. Dazu kommt: Die Grenzen der Belastbarkeit unseres Planeten sind in vielerlei Hinsicht erreicht oder bereits überschritten.

Wir sind deshalb gefordert, gemeinsam neue Vorstellungen eines gelingenden Lebens zu entwickeln und zu fördern. Für MISEREOR sollten diese auf demokratischer Teilhabe, wirtschaftlichem Maßhalten und weltweiter sozialer Gerechtigkeit aufbauen. Wir verurteilen Radikalisierung, Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit und treten für eine Politik ein, die die Würde und Rechte jedes einzelnen Menschen – gerade der arm gemachten und ausgegrenzten – in den Mittelpunkt stellt.

Von der künftigen Bundesregierung erwarten wir einen entschiedenen Einsatz für Menschenrechte, Demokratie und globale Gerechtigkeit, für Frieden und menschliche Sicherheit, für die Überwindung von Armut und Ausgrenzung sowie für die Bewahrung der Schöpfung. Dafür sehen wir in allen Politikfeldern konkrete Ansatzpunkte.

Foto: Meissner/MISEREOR

1. Eine Wirtschaftspolitik für alle Menschen

Deutschland muss einen größeren Beitrag leisten, damit alle Menschen weltweit ein Leben in Würde führen können. Dazu kann eine solidarische und nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik entscheidend beitragen. Diese Politik sollte Umweltschutz und Menschenrechte als wesentliche Leitplanken wirtschaftlichen Handelns anerkennen und durch Gesetze, Abkommen und Maßnahmen das Wohlergehen aller Menschen voranbringen.

MISEREOR fordert …

➜ Waffenlieferungen beenden

Die Bundesregierung muss die Exporte aller Waffen und Rüstungsgüter stoppen, die in den Empfänger- oder Endverbleibsländern zu Menschenrechtsverletzungen beitragen können. Außerdem fordert MISEREOR: keine Lizenzen mehr für den Nachbau deutscher Kleinwaffen im Ausland und keine staatlichen Bürgschaften mehr für Rüstungsexporte. Dafür sollte ein klares Rüstungsexportgesetz beschlossen, das Grundgesetz ergänzt sowie die parlamentarische Kontrolle von Rüstungsexporten gestärkt werden.

➜ Mit Importregeln Frieden fördern

Weltweit finanzieren sich Kriegsparteien und Milizen u. a. über den Verkauf von Rohstoffen. Im Juni 2017 ist eine Regulierung der Europäischen Union

MISEREOR
IHR HILFSWERK

in Kraft getreten, welche die Finanzierung von Konfliktparteien aus Erlösen des Abbaus und Handels von Gold, Zinn, Tantal, Wolfram und deren Erzen eindämmen soll. Diese muss von der kommenden Bundesregierung in geltendes Gesetz umgesetzt werden. Zwingend sollte dieses Gesetz Strafen für Unternehmer vorsehen, die diese Vorschriften missachten.

➜ Unternehmen gesetzlich verpflichten, die Menschenrechte zu achten – auch im Ausland

Das Bundeskabinett hat einen „Nationalen Aktionsplan zu Wirtschaft und Menschenrechten" verabschiedet. Dieser Plan setzt vor allem auf freiwillige Maßnahmen der Wirtschaft. Eine Bundesregierung, die ihren internationalen Menschenrechtsverpflichtungen nachkommen will, muss deutsche Unternehmen auch gesetzlich verpflichten, die Menschenrechte im Auslandsgeschäft einzuhalten. Missachtet ein Unternehmen dabei die Menschenrechte, so sollten Betroffene einfacher vor deutschen Gerichten klagen können.

➜ Ein UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten

Die Vereinten Nationen verhandeln zurzeit über ein völkerrechtlich bindendes Menschenrechtsabkommen zu transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen. Die Bundesregierung sollte sich an den Gesprächen konstruktiv beteiligen und für das Abkommen stimmen, damit Unternehmen weltweit zur Achtung von Menschenrechten verpflichtet werden.

➜ Handelsabkommen an den Menschenrechten ausrichten

Menschenrechte kommen bei Handelsabkommen zu kurz. Die Folgen eines Abkommens (wie z. B. TTIP oder CETA) für die Menschenrechte müssen vor Verhandlungsbeginn zu jedem Handelsvertrag und vor dem Abschluss überprüft werden. Partnerstaaten müssen Menschenrechte durch spezifische Klauseln in den Abkommen sichern können, ohne dass ihnen hohe Strafen durch Schiedsgerichte drohen.

Foto: Weiland/www.venro.org

➜ Steuerflucht bekämpfen und Steuerabkommen entwicklungsfreundlich gestalten

Entwicklungsländern entgehen jährlich schätzungsweise Einnahmen von rund 180 Milliarden Euro, weil multinationale Konzerne keine oder zu geringe Steuern zahlen. Das ist um ein Vielfaches mehr als die Entwicklungshilfe aller Geberländer. Deshalb muss sich die Bundesregierung entschieden dafür einsetzen, Steuerschlupflöcher zu schließen. Darüber hinaus müssen Entwicklungs- und Schwellenländer an der internationalen Steuerpolitik gleichberechtigt beteiligt werden. Steuerabkommen zwischen zwei Ländern sollten entwicklungsfreundlich gestaltet werden.

2. Klimaschutz und Energiewende entschieden vorantreiben

Extremereignisse wie Hitzeperioden, Starkniederschläge und Stürme nehmen zu. Vor allem die Ärmsten in den Ländern des Südens leiden schon jetzt unter den katastrophalen Folgen des Klimawandels, obwohl gerade sie am wenigsten dazu beigetragen haben. Eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 °C ist für sie eine Überlebensfrage. Dafür bleiben der Menschheit nur noch wenige Jahrzehnte. Deshalb müssen die Treibhausgasemissionen jetzt schnell und radikal an der Quelle reduziert werden.

Foto: Fotolia

MISEREOR fordert …

➜ Keinen Kohlestrom mehr

Kohlekraftwerke verursachen in Deutschland rund ein Drittel des gesamten klimaschädlichen Kohlendioxids. Um die Klimaziele zu erreichen, sollten Kohlekraftwerke bis 2035 vom Netz genommen werden. Für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss es sozial verträgliche Lösungen geben.

➜ Umweltschädliche Subventionen abbauen

In Deutschland zahlen Fluglinien keine Energiesteuer, Diesel ist steuerbegünstigt, Pendler können ihre Benzinkosten ebenso von der Steuer absetzen wie Firmen spritschluckende Dienstwagen. Solche Subventionen fördern klimaschädliches Verhalten. Die künftige Regierung sollte sie konsequent abbauen und umweltfreundliches Verhalten steuerlich begünstigen.

➜ Verkehr klimafreundlich gestalten

Der Energiebedarf im Verkehrsbereich ist in Deutschland in den letzten Jahren drastisch gestiegen. Deshalb brauchen wir eine Politik, die darauf setzt, Autoverkehr zu vermeiden und umweltfreundliche Verkehrsmittel wie Bus, Bahn und Fahrrad aktiv fördert.

Foto: Fotolia

➜ Klimaschutz und Energiewende weltweit unterstützen

In Entwicklungsländern sollte im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit eine armutsorientierte und nachhaltige Energiepolitik gefördert werden. Kohlekraftwerke dürfen auch im Rahmen internationaler Projekte nicht länger mit staatlichen Mitteln unterstützt werden. In Deutschland selbst muss die neue Bundesregierung die nationalen Klimaschutzpläne nachbessern.

➜ Beim Klimaschutz die Menschenrechte wahren

Die Ärmsten leiden nicht nur unter den Folgen des Klimawandels, sondern auch unter Maßnahmen, die vor diesen Folgen schützen sollen. So führen z. B. Maßnahmen zur Implementierung großer Wasser-, Wind- oder Solarkraftwerke zu Vertreibungen. Deutschland sollte sich dafür einsetzen, dass sämtliche menschenrechtliche Verpflichtungen bei allen klimawandelbezogenen Maßnahmen eingehalten werden.

3. Eine gesunde und nachhaltige Ernährung für alle Menschen

795 Millionen Menschen auf der Welt hungern und zwei Milliarden Menschen sind mangelernährt. Gleichzeitig breiten sich auf der ganzen Welt ernährungsbedingte Krankheiten wie Diabetes und Bluthochdruck aus. Dies sind Symptome der Fehlentwicklung in unserem globalen Ernährungssystem.

MISEREOR tritt dafür ein, dass Nahrungsmittel selbstbestimmt, sozial gerecht und nachhaltig erzeugt, verarbeitet, gehandelt und verbraucht werden. Die Erfahrung MISEREORs zeigt, dass mit der Förderung der (klein-)bäuerlichen Landwirtschaft eine sichere und gesunde Ernährung für alle möglich ist. Dafür muss die Bundesregierung auch im Ausland das Menschenrecht auf Nahrung achten und schützen. Alle Menschen haben das Recht, sich gesund und kulturell angemessen zu ernähren.

MISEREOR fordert …

➜ Einen gerechten Agrarhandel

Subventionierte Milch und Fleisch aus Europa treiben in Entwicklungsländern Bauernfamilien in den Bankrott, zerstören die lokalen Märkte und gefährden das Recht auf Nahrung. Agrarprodukte aus der EU dürfen nicht länger zu Preisen unterhalb der Produktionskosten exportiert werden. Die staatliche Unterstützung landwirtschaftlicher Auslandsinvestitionen muss stets an die strikte Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards gekoppelt werden. Zudem muss die Europäische Union verbindliche menschenrechtliche Standards für Produktion, Verarbeitung und Handel von Nahrungsmitteln festlegen.

➜ Eine Landwirtschaft, die dem Wohl von Menschen, Tieren und Umwelt dient

Die Bundesregierung sollte eine Landwirtschaft zum Ziel haben, die das Wohl von Menschen, Tieren und Umwelt ins Zentrum rückt. Eine bäuerliche Landwirtschaft nach agrarökologischen Prinzipien sollte weltweit gefördert werden. Denn sie schützt gefährdete und begrenzte Ressourcen wie fruchtbaren Boden und Wasser, erhält die natürliche Vielfalt und schont das Klima. Gefährliche Agrarchemikalien, die Umwelt und Gesundheit schädigen können, sollten vom Markt genommen und nicht länger in den globalen Süden exportiert werden.

In Entwicklungsländern müssen alle Menschen, die auf dem Land leben, Zugang zu den natürlichen Ressourcen haben. Es muss verhindert werden, dass internationale Konzerne durch Landkäufe oder Patente auf Pflanzen die Ernährungssicherheit der Bevölkerung gefährden.

Foto: Schwarzbach/MISEREOR

➜ Lebensmittelverschwendung reduzieren

Die Bundesregierung muss ihrem 2012 gesetzten Ziel nachkommen, Lebensmittelverluste in Deutschland zu halbieren. MISEREOR fordert daher von der Bundesregierung, einen Aktionsplan mit verbindlichen Zielvorgaben zu verabschieden, um die Lebensmittelverschwendung entlang der gesamten Anbau-, Verarbeitungs-, Handels-und Konsumkette bis zum Jahr 2020 um 50 % zu verringern.

4. Flüchtlinge und Migranten menschenwürdig unterstützen

In den vergangenen Jahren wurde auf Flucht und Migration im Krisenmodus reagiert. Jetzt sind politische Antworten nötig, um die strukturellen Ursachen zu überwinden.

MISEREOR fordert …

➜ Gewalt verhindern und gute Regierungsführung fördern

Menschen fliehen vor allem vor gewaltsamen Konflikten und Kriegen; zunehmend auch vor ihre Existenz gefährdenden Folgen des Klimawandels. Daher muss die Bundesregierung die Mittel der zivilen Krisenprävention stärken, um der Eskalation

von Konflikten vorzubeugen. Insbesondere Friedensbemühungen vor Ort können und sollten intensiver unterstützt werden. Die Menschen in Entwicklungsländern und ihre Staaten müssen eine gerechte Chance auf Teilhabe an der Weltwirtschaft, an Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten bekommen. Dafür sind Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und faire Wirtschaftsstrukturen entscheidende Voraussetzungen.

Foto: Grossmann/MISEREOR

➜ Den Schutzstatus von Flüchtlingen wahren

Der Kampf gegen Terror und Schleuserbanden darf nicht dazu führen, dass Flüchtende ihre individuellen Schutzrechte verlieren. Faire Verfahren müssen eingehalten werden. Statt immer neue sogenannte sichere Herkunftsstaaten zu benennen und den Grenzschutz an Staaten zu übertragen, die Menschenrechte verletzen, müssen sichere Flucht- und Migrationswege und -Verfahren geschaffen werden.

➜ Keine Abkommen mit menschenrechtsverletzenden Regierungen, um Migration zu verhindern

Entwicklungszusammenarbeit dient nicht dazu, Migration zu verhindern. Entsprechende Abkommen mit Regierungen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, sind unzulässig.

➜ Menschen vor Ort in Krisensituationen helfen und lokale Partner stärken

Die meisten Vertriebenen und Flüchtlinge sind innerhalb ihrer Länder und Regionen unterwegs. Für akute Krisen muss flexible und angepasste Hilfe bereitgestellt werden. Internationale finanzielle Hilfszusagen müssen eingehalten werden. Einheimische Organisationen der Zivilgesellschaft müssen bei der Bewältigung von Krisen und beim Wiederaufbau gestärkt werden.

5. Gewalt verhindern, Krisen vorbeugen und Frieden fördern

Krieg und Gewalt bedrohen weltweit das Leben von Milliarden Menschen. Häufig sind es die in Armut Lebenden, die am schwersten betroffen sind. Ursachen für die vor allem innerstaatlich zunehmende Gewalt sind nicht nur Terrorismus und geostrategische sowie machtpolitische Interessen, sondern auch schlechte Regierungsführung, fragile Staatlichkeit und Konflikte um den Zugang zu begrenzten Ressourcen.

In einem solchen Umfeld bedarf es einer kohärenten deutschen Politik, bei der sich nicht nur die Entwicklungszusammenarbeit, sondern alle Politikfelder einschließlich der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik am Weltgemeinwohl orientieren. Der Grundsatz, dass ziviles und politisches Handeln Vorrang vor militärischem Eingreifen genießt, bedarf angesichts der voranschreitenden Militarisierung der Weltpolitik der expliziten Bestätigung und Verfestigung in Wort und Tat.

MISEREOR fordert …

➜ Vorbeugend aktiv werden

Die von der Bundesregierung verabschiedeten Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ müssen in der nächsten Legislaturperiode um einen Aktionsplan mit konkreten Zielsetzungen ergänzt werden. Dieser ressortübergreifende Aktionsplan muss vor allem darauf abzielen, eine langfristige vorbeugende Politik zu unterstützen, die die Ursachen von Krisen, wie z. B. ungerechten Zugang zu Ressourcen, schlechte Regierungsführung oder Armut, in den Blick nimmt.

Foto: Luig/MISEREOR

➜ Zivile Kräfte stärken

Der Vorrang ziviler Mittel muss durch eine bessere finanzielle Ausstattung und Weiterentwicklung ziviler Instrumente, z.B. präventiver Maßnahmen auf allen Ebenen oder Mediation durch Dritte, bestätigt und ausgebaut werden. Vertreter und Vertreterinnen zivilgesellschaftlicher Kräfte aus Kriegs- und Krisenländern müssen einen besseren Zugang bekommen zur deutschen und europäischen Diskussion um Gewaltprävention, Krisenmanagement und zur Aufarbeitung von Verbrechen und dem Umgang mit den Folgen einer von Gewalt geprägten Vergangenheit.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.
Mozartstraße 9, 52064 Aachen, Tel.: 0241-442 0
www.misereor.de

Erscheinungsort: Aachen, Juli 2017

V.i.S.d.P.: Dr. Bernd Bornhorst, Leiter Abteilung Politik und Globale Zukunftsfragen

Hinweis zum Urheberrecht: Für jegliche Weiterverwendung und Vervielfältigung ist die Zustimmung des Herausgebers einzuholen.

MISEREOR
IHR HILFSWERK